Bundesministerium
Justiz



GESAMTBERICHT 2025

Einsatz besonderer Ermittlungsmaßnahmen

A. Einleitung:

Am 1.1.1998 ist das Bundesgesetz, mit dem besondere Ermittlungsmaßnahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität in die Strafprozessordnung eingeführt sowie das Strafgesetzbuch, das Mediengesetz, das Staatsanwaltschaftsgesetz und das Sicherheitspolizeigesetz geändert wurden, BGBl I Nr. 105/1997, in Kraft getreten. Die Bestimmungen über den automationsunterstützten Datenabgleich sind bereits am 1.10.1997 in Kraft getreten, jene über die optische und akustische Überwachung nach § 149d Abs. 1 Z 3 StPO hingegen erst am 1.7.1998.

Durch das Strafrechtsänderungsgesetz 2001, BGBl I Nr. 130/2001, das am 1.1.2002 in Kraft getreten ist, wurden die Bestimmungen über die optische und akustische Überwachung von Personen unter Verwendung technischer Mittel und den automationsunterstützten Datenabgleich ohne weitere Befristung in den Rechtsbestand übernommen. Zugleich wurde der Anwendungsbereich des sogenannten kleinen Späh- und Lauschangriffes (§ 149d Abs. 1 Z 2 StPO) im Sinn einer Anregung der:des Rechtsschutzbeauftragten der Justiz begrifflich klargestellt und der Schutz beruflicher Verschwiegenheitspflichten und des Redaktionsgeheimnisses im Bereich der optischen und akustischen Überwachung nach § 149d Abs. 1 Z 2 StPO durch Ausdehnung der Kontrollbefugnisse der:des Rechtsschutzbeauftragten der Justiz (§ 149e Abs. 2 und § 149o Abs. 1 StPO) erweitert. Schließlich wurden noch die Bestimmungen über den automationsunterstützten Datenabgleich an jene des DSG 2000 angepasst.

Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz 2002 (BGBl I Nr. 134/2002) wurden unter anderem die Bestimmungen über die optische und akustische Überwachung von Personen unter Verwendung technischer Mittel und über den automationsunterstützten Datenabgleich (§§ 149d Abs. 1 Z 3 und 149i Abs. 2), auf den neuen Tatbestand der terroristischen Vereinigung (§ 278b StGB) erweitert. Die Bestimmungen sind am 1.10.2002 in Kraft getreten.

Seit Inkrafttreten des Strafprozessreformgesetzes (BGBl I Nr. 19/2004) sind die Bestimmungen über die optische und akustische Überwachung von Personen in § 136 StPO geregelt. Eine solche Überwachung ist grundsätzlich von der Staatsanwaltschaft auf Grund einer gerichtlichen Bewilligung anzuordnen. Lediglich im Fall einer Entführung oder Geiselnahme (§ 136 Abs. 1 Z 1 StPO) kann die Kriminalpolizei die Überwachung von sich aus ohne gerichtlich bewilligte Anordnung durchführen. Die Bestimmungen über den automationsunterstützten Datenabgleich finden sich nunmehr in den §§ 141 bis 143 StPO, welche im Wesentlichen den bisherigen Regelungen entsprechen. Die Überprüfung und Kontrolle der Anordnung, Genehmigung, Bewilligung und Durchführung der Ermittlungsmaßnahmen nach § 136 Abs. 1 Z 3 StPO und § 141 StPO obliegen nach § 147 StPO wie bisher der:dem Rechtsschutzbeauftragten der Justiz.

Mit dem Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2018 (StPRÄG 2018), BGBl. I Nr. 27/2018, wurde mit § 135a StPO zur Schließung entstandener Lücken in der Strafverfolgung aufgrund des technischen Fortschritts befristet auf fünf Jahre die neue Ermittlungsmaßnahme der Überwachung verschlüsselter Nachrichten eingeführt; diese ist jedoch in Folge der Aufhebung der Regelungen über die Überwachung verschlüsselter Nachrichten durch den Verfassungsgerichtshof (G 72-74/2019, G 181-182/2019) noch vor seinem Inkrafttreten am 1.4.2020 wieder entfallen (BGBl. I Nr. 113/2019). Die mit dem StPRÄG 2018 eingeführten erweiterten Kontrollrechte der:des Rechtsschutzbeauftragten der Justiz im Rahmen der begleitenden und nachträglichen Kontrolle bleiben jedoch aufrecht (§ 147 Abs. 3a StPO).

Zur Umsetzung von Art. 20 der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung und Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates, ABl. Nr. L 88 vom 15.3.2017 S. 6, betreffend den Einsatz wirksamer Ermittlungsinstrumente wurde mit dem StPRÄG 2018 überdies die optische und akustische Überwachung von Personen (§ 136 Abs. 1 Z 3 StPO) auch zur Aufklärung terroristischer Straftaten (§ 278c StGB) und weiterer besonders schwerwiegender Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten, nämlich Terrorismusfinanzierung (§ 278d StGB) und Ausbildung für terroristische Zwecke (§ 278e StGB), zugelassen. Hinsichtlich des Zulässigkeitskriteriums der Aufklärung oder Verhinderung von im Rahmen einer kriminellen Organisation oder einer terroristischen Vereinigung (§ 278a und § 278b StGB) begangenen oder geplanten Straftaten wurde klargestellt, dass es sich bei solchen Straftaten um Verbrechen (§ 17 Abs. 1 StGB) handeln muss.

Mit dem Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2024, BGBl. I Nr. 157/2024, wurde in § 47a Abs. 4a StPO ausdrücklich normiert, dass dem:der Rechtsschutzbeauftragten der Justiz von Seiten der Bundesministerin für Justiz zur Gewährleistung seiner:ihrer effektiven Aufgabenerfüllung die dafür notwendigen und adäquaten Sach- und Personalressourcen zur Verfügung zu stellen sind und zur Sicherung seiner:ihrer Unabhängigkeit bei ihm:ihr ausschließlich Personen tätig sein dürfen, die – sofern sie Aufgaben nach § 115l oder § 147 StPO besorgen – nicht gleichzeitig auch bei einem Gericht oder bei einer Staatsanwaltschaft tätig sind.

Nach § 10a Abs. 2 StAG haben die Staatsanwaltschaften über Strafsachen, in denen eine optische oder akustische Überwachung von Personen nach § 136 StPO oder ein automationsunterstützter Datenabgleich nach § 141 StPO angeordnet wurde, den Oberstaatsanwaltschaften alljährlich einen Bericht vorzulegen, dem in den Fällen einer optischen und akustischen Überwachung nach § 136 Abs. 1 Z 2 StPO („kleiner Späh- und Lauschangriff“) und Z 3 („großer Späh- und Lauschangriff““) sowie des Datenabgleichs nach § 141 Abs. 2 und Abs. 3 StPO die Ausfertigungen der betreffenden Anordnungen samt gerichtlicher Bewilligung anzuschließen sind. Die Berichte haben insbesondere zu enthalten:

- die Anzahl der Fälle, in denen die optische oder akustische Überwachung von Personen oder ein automationsunterstützter Datenabgleich angeordnet wurde, sowie die Anzahl der von einer Überwachung betroffenen und der durch einen Datenabgleich ausgeforschten Personen,
- den Zeitraum der einzelnen Überwachungsmaßnahmen[1],
- die Anzahl der Fälle, in denen die genannten besonderen Ermittlungsmaßnahmen mit Erfolg durchgeführt wurden.

Diese Berichte haben die Oberstaatsanwaltschaften zu prüfen, sie gegebenenfalls richtigstellen zu lassen oder sonst die erforderlichen Verfügungen zu treffen. Sie haben dem Bundesministerium für Justiz eine Gesamtübersicht über besondere Ermittlungsmaßnahmen samt den Ausfertigungen der bewilligten Anordnungen zu übermitteln (§ 10a Abs. 3 StAG). Der:Die Bundesminister:in für Justiz hat auf Grundlage der Berichte der Staatsanwaltschaften und des Berichtes der:des Rechtsschutzbeauftragten der Justiz alljährlich dem Nationalrat, dem Datenschutzrat und der Datenschutzbehörde einen Gesamtbericht über den Einsatz besonderer Ermittlungsmaßnahmen zu erstatten, soweit diese mit gerichtlicher Bewilligung durchgeführt wurden (§ 10a Abs. 4 StAG).

[1] Wenn keine konkreten Uhrzeiten angegeben sind, versteht sich der Zeitraum grundsätzlich vom Beginn des Tages (00:00 Uhr) bis zum Ende des jeweiligen Tages (24:00 Uhr).

B. Gesamtbericht über besondere Ermittlungsmaßnahmen im Jahr 2025

I. Optische und akustische Überwachung von Personen:

1. Im Berichtszeitraum 2025 wurde in 17 Fällen (= Zahl der Anordnungen) eine **optische und/oder akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 StPO** („großer Späh- und Lauschangriff") angeordnet, wovon eine nicht gerichtlich bewilligt und zehn Anordnungen nicht vollzogen wurden; eine weitere Anordnung wurde von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen. Lediglich in zwei Fällen erfolgte eine optische und akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 StPO auf Initiative einer österreichischen Staatsanwaltschaft. In den übrigen Fällen lag der Anordnung eine Europäische Ermittlungsanordnung (in weiterer Folge kurz „EEA") oder ein Rechtshilfeersuchen (in weiterer Folge kurz „RHE") zu Grunde. Der **Rechtsschutzbeauftragte** der Justiz wurde mit den Anordnungen gemäß § 147 Abs. 3 StPO befasst und erhob in **einem Fall** eine **Beschwerde**. In drei Verfahren (insgesamt 5 Anordnungen) wurde eine bereits im Berichtszeitraum 2024 angeordnete Überwachung verlängert.

a. Staatsanwaltschaft Wien:

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete aufgrund einer EEA der Staatsanwaltschaft Berlin (Bundesrepublik Deutschland) wegen des Verdachts des illegalen Handels mit Drogen und psychotropen Stoffen (Katalogstraftat nach § 28a Abs. 1, Abs. 4 Z 3 SMG) am 22. Juli 2025, gerichtlich bewilligt am 23. Juli 2025, die akustische Überwachung einer Wohnung, in welcher sich der Beschuldigte immer wieder aufhält, gemäß **§ 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO** für den **Zeitraum von 23. Juli 2025, 10:00 Uhr, bis 17. August 2025** an. Die Ermittlungsmaßnahme wurde nicht vollzogen.

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete aufgrund einer EEA der Staatsanwaltschaft Duisburg (Bundesrepublik Deutschland) wegen des Verdachts des illegalen Handels mit Drogen und psychotropen Stoffen (Katalogstraftat nach § 28a Abs. 1, zweiter und fünfter Fall, Abs. 4 Z 3 SMG) am 10. Juli 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, die akustische

Überwachung des Beschuldigten in Form der Aufzeichnung von nichtöffentlichen Gesprächen des Beschuldigten außerhalb einer Wohnung gemäß **§ 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO** für den **Zeitraum vom 11. Juli 2025 bis 12. Juli 2025** an. Die Ermittlungsmaßnahme wurde nicht vollzogen.

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete aufgrund einer EEA der Direktion für die Untersuchung organisierter Kriminalität (Rumänien) am 27. Mai 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, wegen des Verdachts des illegalen Handels mit Drogen und psychotropen Stoffen (Katalogstraftat nach § 28a Abs. 1, Abs. 4 Z 3 SMG) die optische und akustische Überwaschung eines Lastkraftwagens gemäß **§ 136 Abs 1 Z 3 lit. a StPO** für den **Zeitraum 27. Mai 2025, 14:00 Uhr, bis 21. Juni 2025** an. Die Ermittlungsmaßnahme wurde vollzogen, über den Erfolg der Maßnahme liegen keine Informationen vor.

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete aufgrund einer EEA der Staatsanwaltschaft beim Gericht Neapel – Direktion für Antimafia-Ermittlungen (Italien) wegen des Verdachts der kriminellen Organisation und der Geldwäscherei (Katalogstraftaten nach § 278a und § 165 StGB) am 9. April 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, die akustische Überwachung eines PKW gemäß **§ 136 Abs. 1 Z 3 lit. b StPO** für den **Zeitraum von 10. April 2025 bis 10. Juni 2025**, an. Die Maßnahme wurde gemäß § 137 Abs. 3 StPO **vier Mal verlängert:**

  - mit Anordnung vom 10. Juni 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, für den Zeitraum von **11. Juni 2025 bis 31. August 2025**;

  - mit Anordnung vom 29. August 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, für den **Zeitraum von 1. September 2025 bis 6. September 2025**;

  - mit Anordnung vom 5. September 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, für den **Zeitraum von 7. September 2025 bis 25. November 2025**;

  - mit Anordnung vom 19. November 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, für den **Zeitraum von 26. November 2025 bis 25. Februar 2026**.

  Die Maßnahmen wurden vollzogen, der Erfolg kann derzeit aber noch nicht beurteilt werden, weil das ausländische Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete aufgrund einer EEA des Tribunals de Grande Instance de Lille (Frankreich) wegen des Verdachts des illegalen Handels mit Drogen und psychotropen Stoffen (Katalogstraftat nach § 28a Abs. 1, Abs. 4 Z 3 SMG) am 1. August 2025, gerichtlich bewilligt am 4. August 2025, die akustische und optische Überwachung

eines Containers gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. b StPO für den **Zeitraum von 4. August 2025 bis 4. Dezember 2025** an. Da das Fahrzeug im Überwachungszeitraum nicht in Österreich war, wurde die Überwachung nicht durchgeführt.

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete aufgrund einer EEA der Direktion für die Untersuchung organisierter Kriminalität (Rumänien) wegen des Verdachts des illegalen Handels mit Drogen und psychotropen Stoffen (Katalogstraftat nach § 28a Abs. 1, Abs. 4 Z 3 SMG) am 4. August 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, die akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. b StPO des Innenraums eines Containers, in dem Suchtgift versteckt ist, sowie des Kraftfahrzeugs, mit dem der Container transportiert wird, für den Zeitraum von **4. August 2025 bis 11. August 2025** an. Die Ermittlungsmaßnahme wurde nicht vollzogen, weil die Beschuldigten bereits zuvor festgenommen worden sind.

b. Staatsanwaltschaft Korneuburg:

- Die **Staatsanwaltschaft Korneuburg** ordnete aufgrund einer EEA der Staatsanwaltschaft Prag wegen des Verdachts des illegalen Handels mit Drogen und psychotropen Stoffen (Katalogstraftat nach § 28a Abs. 1, zweiter und fünfter Fall, Abs. 4 Z 3 SMG) am 23. September 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO die akustische Überwachung von zwei von den Beschuldigten genutzten Fahrzeugen für den **Zeitraum vom 23. September 2025 bis 22. November 2025** an. Die Überwachung wurde aus tatsächlichen Gründen nicht durchgeführt.

c. Staatsanwaltschaft Graz:

- Die **Staatsanwaltschaft Graz** ordnete aufgrund einer EEA der Oberstaatsanwaltschaft Olmouc (Tschechische Republik) wegen des Verdachts des schweren Betruges, der Geldwäscherei und der kriminellen Organisation (Katalogstraftaten nach §§ 146, 147 Abs. 3, 148 zweiter Fall, 165 Abs. 1, 2, 3 und 4, 278a StGB) am 25. August 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO die optische und akustische Überwachung zweier Beschuldigter sowie eines PKW eines der Beschuldigten für den **Zeitraum ab gerichtlicher Bewilligung bis 18. November 2025** an.

  In demselben Verfahren ordnete die **Staatsanwaltschaft Graz** aufgrund einer weiteren EEA am 4. Dezember 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO die optische und akustische Überwachung zweier Beschuldigter für den **Zeitraum ab gerichtlicher Bewilligung bis 13. Mai 2026**, betreffend einen weiteren

Beschuldigten für den Zeitraum **ab gerichtlicher Bewilligung bis 4. März 2026** sowie für einen PKW für den **Zeitraum ab gerichtlicher Bewilligung bis 17. Mai 2026**.

Beide Anordnungen wurden **vollzogen**. Die erste Anordnung war erfolgreich, zur zweiten Anordnung liegen noch keine Ergebnisse vor.

- Die **Staatsanwaltschaft Graz** ordnete in einem bereits im Gesamtbericht 2024 berichteten Verfahren (siehe Gesamtbericht 2024 Punkt I.1.b. erster Aufzählungspunkt) aufgrund einer EEA der Staatsanwaltschaft Koblenz (Bundesrepublik Deutschland) wegen des Verdachts des illegalen Handels mit Drogen und psychotropen Stoffen (Katalogstraftat nach § 28a Abs. 1, zweiter und fünfter Fall, Abs. 4 Z 3 SMG) am 8. April 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO die akustische Überwachung des PKW-Innenraums von vier Beschuldigten für den **Zeitraum von 8. April 2025 bis 19. Mai 2025** an.

  In demselben Verfahren ordnete die **Staatsanwaltschaft Graz** aufgrund einer weiteren EEA am 21. Mai 2025, gerichtlich bewilligt am 22. Mai 2025, gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO die akustische Überwachung dieser vier PKW sowie eines zusätzlichen PKW für den **Zeitraum von 21. Mai 2025 bis 19. August 2025** an. Aufgrund einer weiteren EEA ordnete sie am 21. August 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO die akustische Überwachung im bisherigen Umfang für den **Zeitraum von 20. August 2025 bis 14. November 2025** an. Gegen diesen gerichtlichen Beschluss erhob der Rechtsschutzbeauftragte Beschwerde, weil die Maßnahme rückwirkend angeordnet worden war. Das Rechtsmittelverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

  Darüber hinaus ordnete die **Staatsanwaltschaft Graz** in diesem Verfahren aufgrund einer weiteren EEA am 27. August 2025, gerichtlich bewilligt am 28. August 2025, gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO die akustische Überwachung im bisherigen Umfang für den **Zeitraum von 15. November 2025 bis 22. November 2025** sowie eines weiteren PKW für den **Zeitraum von 28. August 2025 bis 22. November 2025** an.

  Am 14. November 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, ordnete die Staatsanwaltschaft Graz neuerlich gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO die akustische Überwachung für den **Zeitraum 23. November 2025 bis 20. Jänner 2026** an (Verlängerung im Sinne des § 137 Abs. 3 StPO).

  Die Überwachungen wurden allesamt nicht durchgeführt.

d. Staatsanwaltschaft Salzburg:

- Die **Staatsanwaltschaft Salzburg** ordnete am 10. November 2025, gerichtlich bewilligt am 11. November 2025, wegen des Verdachts, als Mitglieder einer kriminellen Organisation Kokain in einer das 25-fache der Grenzmenge übersteigenden Menge nach Österreich einzuführen und in Verkehr zu setzen (Verdacht nach § 28a Abs. 1, Abs. 2 Z 2 und Abs. 4 Z 3 SMG) gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO die optische und akustische Überwachung von zwei von den Beschuldigten benutzten Fahrzeugen für den **Zeitraum von 18. November 2025, 14:00 Uhr, bis 31. Dezember 2025,** an.

  Am 31. Dezember 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, ordnete die Staatsanwaltschaft Salzburg neuerlich die optische und akustische Überwachung für den Zeitraum vom 1. Jänner 2026 bis 5. Februar 2026 an (Verlängerung im Sinne des § 137 Abs. 3 StPO).

  Die Anordnungen wurden vollzogen. Die Maßnahme hat zur Festnahme eines Beschuldigten geführt.

e. Staatsanwaltschaft Innsbruck:

- Die **Staatsanwaltschaft Innsbruck** ordnete am 21. Jänner 2025 wegen des Verbrechens des Mordes gemäß § 75 StGB, gerichtlich bewilligt am 22. Jänner 2025, die akustische Überwachung der Wohnräumlichkeiten eines Beschuldigten sowie die Überwachung des PKWs eines zweiten Beschuldigten gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO für den **Zeitraum von 6. Februar 2025 bis 14. April 2025,** an.

  Mit Anordnung vom 9. April 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, wurden die akustischen Überwachungen der Wohnräumlichkeiten gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO für den **Zeitraum vom 15. April 2025 bis 12. Mai 2025** sowie die Überwachung des PKWs für den **Zeitraum vom 15. April 2025 bis 5. Mai 2025** neuerlich angeordnet (Verlängerung im Sinne des § 137 Abs. 3 StPO).

  Die Überwachungsmaßnahmen wurden vollzogen und haben zur Festnahme der Beschuldigten geführt.

f. Staatsanwaltschaft Feldkirch:

Die **Staatsanwaltschaft Feldkirch** beantragte am 14. Mai 2025 aufgrund einer EEA der Staatsanwaltschaft Konstanz (Deutschland) wegen des Verbrechens des Suchtgifthandels gemäß § 28a Abs. 4 Z 3 SMG die akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO eines vom Beschuldigten genutzten PKW für den **Zeitraum ab gerichtlicher**

Bewilligung bis zum 2. August 2025. Der Antrag auf gerichtliche Bewilligung wurde zurückgezogen.

- Die **Staatsanwaltschaft Feldkirch** beantragte am 19. August 2025 aufgrund eines RHE der Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn wegen des Verdachts nach § 28a Abs. 1 und Abs. 3 Z 4 SMG u.a. die akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO für den Zeitraum der gerichtlichen Bewilligung bis 5. Dezember 2025. Die Anordnung wurde **nicht gerichtlich bewilligt**.

  In demselben Verfahren ordnete die **Staatsanwaltschaft Feldkirch** am 11. September 2025 die akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO (wiederum) für den **Zeitraum der gerichtlichen Bewilligung bis 5. Dezember 2025** an. Die Anordnung wurde tatsächlich nicht vollzogen.

g. Verlängerungen:

- Darüber hinaus hat die **Staatsanwaltschaft Innsbruck** aufgrund zweier EEAs eine bereits im Berichtszeitraum 2024 angeordnete Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO (siehe Gesamtbericht 2024 Punkt I.1.d. erster Aufzählungspunkt) wegen des Verdachts des illegalen Handels mit Drogen und psychotropen Stoffen (Katalogstraftat nach § 28a Abs. 1, Abs. 4 Z 3 SMG) am 30. Jänner 2025 mit gerichtlicher Bewilligung neuerlich die akustische Überwachung des PKW des Beschuldigten für den Zeitraum von 30. Jänner 2025 bis 28. April 2025 und mit Anordnung vom 24. April 2025, gerichtlich bewilligt am 25. April 2025, neuerlich für den 28. April 2025 bis 12. Juni 2025 angeordnet (jeweils Verlängerungen nach § 137 Abs. 3 StPO). Beide Anordnungen wurden vollzogen. Das Ermittlungsverfahren in Deutschland ist noch nicht abgeschlossen, der Erfolg der Ermittlungsmaßnahme kann noch nicht abschließend beurteilt werden.

- Die **Staatsanwaltschaft Feldkirch** ordnete aufgrund eines RHE der Schweizer Bundesstaatsanwaltschaft eine bereits im Berichtszeitraum 2024 angeordnete Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO (siehe Gesamtbericht 2024 Punkt I.1.c.) wegen des Verdachts der Organisation und Förderung der illegalen Einreise einer größeren Zahl von Personen (nach österreichischen Recht Strafbarkeit wegen Schlepperei gemäß § 114 Abs. 1, Abs.3 und Abs. 4 FPG sowie Geldwäscherei gemäß § 165 StGB im Rahmen einer kriminellen Organisation nach § 278a StGB) am 4. Februar 2025 mit gerichtlicher Bewilligung vom selben Tag neuerlich die akustische Überwachung eines von den Beschuldigten genutzten PKW für den Zeitraum ab gerichtlicher Bewilligung bis 4. Mai 2025 an (Verlängerung gemäß § 137 Abs. 3 StPO). Die Anordnung wurde

vollzogen. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen, die Ergebnisse der Maßnahmen sind aber unbrauchbar.

- Am 9. Jänner 2025 ordnete die **Staatsanwaltschaft Wien** eine bereits im Berichtszeitraum 2024 angeordnete Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO (siehe Gesamtbericht 2024 Punkt I.1.a. letzter Aufzählungspunkt), gerichtlich bewilligt am 10. Jänner 2025, die optische und akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO von Räumlichkeiten für den **Zeitraum 14. Jänner 2025 bis 28. März 2025** an, wobei die Ermittlungsmaßnahme auch tatsächlich durchgeführt wurde. Am 27. März 2025 beantragte die Staatsanwaltschaft Wien neuerlich gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO die optische und akustische Überwachung derselben Örtlichkeit für den **Zeitraum 29. März 2025 bis 2. Mai 2025** (jeweils Verlängerungen nach § 137 Abs. 3 StPO). Diese Anordnung wurde nicht gerichtlich bewilligt. Der Beschwerde eines Beschuldigten gegen die gerichtliche Bewilligung vom 10. Jänner 2025 wurde vom Oberlandesgericht Wien am 23. Oktober 2025 keine Folge gegeben.

  Mehrere Beschuldigte sind verdächtig, im bewussten und gewollten Zusammenwirken als Mittäter (§ 12 StGB) eine Vereinigung gegründet bzw. sich an dieser führend betätigt zu haben, deren Zweck es ist, durch Betätigung ihrer Mitglieder im nationalsozialistischen Sinn die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Republik Österreich zu untergraben oder den öffentlichen Frieden zu verletzen (§§ 3a, 3b Verbotsgesetz).

2. Im Jahr 2025 wurden **neun optische und/oder akustische Überwachungen nach § 136 Abs. 1 Z 2 StPO** („kleiner Späh- und Lauschangriff") angeordnet, wobei alle neun Anordnungen im Sprengel der Oberstaatsanwaltschaft Wien stattgefunden haben und sieben der Anordnungen nicht vollzogen wurden. In lediglich zwei Fällen erfolgte eine Anordnung auf Initiative einer österreichischen Staatsanwaltschaft und in den übrigen sieben Fällen lagen den Anordnungen Rechtshilfeersuchen einer ausländischen Behörde zugrunde.

a. Staatsanwaltschaft Wien:

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete in einem Ermittlungsverfahren am 20. März 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, wegen des Verdachts der Schlepperei gemäß § 114 Abs. 1 und 4 FPG die akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 2 StPO des Treffens eines Beschuldigten mit einem verdeckten Ermittler für den **Zeitraum von vier Wochen** an. Die Ermittlungsmaßnahme wurde durchgeführt, blieb aber erfolglos.

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete in einem Ermittlungsverfahren am 12. August 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, wegen des Verdachts der Bestimmung zum versuchten Mord gemäß §§ 15, 12 zweiter Fall, 75 StGB die optische und akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 2 StPO jeglicher digital geführten Kommunikation und von sämtlichen persönlichen Treffen der Vertrauensperson mit dem Beschuldigten sowie anderen Personen, welche hinsichtlich der Planung, Umsetzung und Koordinierung der Straftat in Erscheinung treten, für den **Zeitraum vom 13. August 2025 bis 30. Oktober 2025** an. Die Ermittlungsmaßnahme wurde aufgrund technischer Probleme nicht durchgeführt.

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete aufgrund eines Rechtshilfeersuchens der USA wegen des Verdachts des Suchtgifthandels gemäß § 28a Abs. 1 erster Fall, Abs. 4 Z 3 SMG am 17. Oktober 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, die optische und akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 2 StPO von zwei Beschuldigten in Anwesenheit eines Beamten der Drug Enforcement Administration (DEA) für den **Zeitraum vom 18. Oktober 2025 bis 28. Oktober 2025** an.

  Im selben Verfahren ordnete die **Staatsanwaltschaft Wien** am 24. Oktober 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, die optische und akustische Überwachung im selben Umfang gemäß § 136 Abs 1 Z 2 StPO für den **Zeitraum vom 29. Oktober 2025 bis 28. November 2025** an (Verlängerung nach § 137 Abs. 3 StPO). Die Überwachungsmaßnahmen wurden nicht durchgeführt.

- Die **Staatsanwaltschaft Wien** ordnete aufgrund eines Rechtshilfeersuchens der US-Staatsanwaltschaft des westlichen Gerichtsbezirks von Michigan wegen des Verdachts des Suchtgifthandels gemäß § 28a Abs 1, Abs 2 Z 2, Abs 4 Z 3 SMG am 23. April 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, die optische und akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 2 StPO von zwei Beschuldigten und allenfalls weiterer anwesender unbekannter Mittäter anlässlich eines Treffens mit verdeckten Ermittlern für den **Zeitraum 5. Mai 2025 bis 2. Juni 2025** an. Die Überwachungsmaßnahme wurde erfolgreich durchgeführt.

b. Ermittlungsverfahren der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption (WKStA):

- Am 7. Mai 2025, gerichtlich bewilligt am 8. Mai 2025, ordnete die **WKStA** in einem bereits im Gesamtbericht 2024 berichteten Verfahren (siehe Gesamtbericht 2024 Punkt I.2.b.) auf Basis eines Rechtshilfeersuchens der USA gemäß § 136 Abs. 1 Z 2 StPO die akustische

Überwachung eines Beschuldigten durch Aufnahme von im Rahmen einer verdeckten Ermittlung geführten Gesprächen für den **Zeitraum von 25. Mai 2025 bis 1. Juni 2025** an.

Aufgrund weiterer Rechtshilfeersuchen ordnete die **WKStA** am 2. Juni 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, gemäß § 136 Abs. 1 Z 2 StPO die akustische Überwachung eines Beschuldigten durch Aufnahme von im Rahmen einer verdeckten Ermittlung geführten Gesprächen für den **Zeitraum von 29. Juni 2025 bis 6. Juli 2025**, am 4. August 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, für den **Zeitraum von 30. August 2025 bis 5. September 2025**, am 27. August 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, für den **Zeitraum von 7. September 2025 bis 12. September 2025** und am 9. September 2025, gerichtlich bewilligt am selben Tag, für den **Zeitraum von 14. September 2025 bis 19. September 2025** an. Die Ermittlungsmaßnahmen wurden alle nicht vollzogen.

Aufgrund der Rechtshilfeersuchen sind Beschuldigte verdächtig, in einem anderen Staat Vermögenswerte in Millionenhöhe im Auftrag oder Interesse einer terroristischen Vereinigung erworben, besessen und einem anderen übertragen oder diese sonst verwendet zu haben (nach österreichischem Recht Geldwäscherei nach § 165 Abs. 2, 3 und 4 StGB).

3. Im Berichtsjahr 2025 waren **216 optische Überwachungen nach § 136 Abs. 3 Z 1 und 2 StPO („Videofalle")** zu verzeichnen, wovon **197 Fälle** (= Zahl der Überwachungen) die Überwachung **außerhalb von Räumen** (§ 136 Abs. 3 Z 1 StPO) und **19 Fälle jene innerhalb von Räumen** mit Zustimmung deren Inhaber:innen (§ 136 Abs. 3 Z 2 StPO) betrafen. Die Zahl der Anordnungen nach § 136 Abs. 3 StPO ist in diesem Berichtsjahr ähnlich hoch wie im Jahr 2024 und setzt den Trend fort (2024: 219; 2023: 191; 2022: 180; 2021: 147; 2020: 178), wobei in drei Fällen eine Anordnung gemäß § 136 Abs. 3 StPO gerichtlich nicht bewilligt wurde und in zwei Fällen eine Anordnung trotz gerichtlicher Bewilligung nicht vollzogen wurde.

4. In **148 Fällen** (= Zahl der Überwachungen) war die Überwachung **erfolgreich.** In **43 Fällen** hingegen war die Überwachung **erfolglos**. In insgesamt **26 Fällen** liegt ein Ergebnis **nicht vor** bzw. kann der Erfolg der durchgeführten Maßnahme **noch nicht beurteilt** werden. Auch in diesem Jahr überwiegt daher die Anzahl der erfolgreichen Überwachungen deutlich.

Die angeordneten optischen und/oder akustischen Überwachungen richteten sich gegen insgesamt **417 Verdächtige** und betrafen insgesamt **97** unbeteiligte Dritte, soweit Aufzeichnungen in Bild- oder Schriftform des sie betreffenden Überwachungsergebnisses zum Akt genommen wurden. Es wurden **79 Personen** nach § 139 Abs. 2 letzter Satz StPO verständigt. Gegen **17 Personen** wurde auf Grund eines Zufallsfundes bei der Überwachung

ein Verfahren eingeleitet (§ 140 Abs. 2 StPO), was erneut einen deutlichen Rückgang zu den Vorgängerjahren darstellt (2024: 36; 2023: 81; 2022: 20; 2021: 154; 2020: 7).

Die den **Überwachungen zu Grunde liegenden Delikte** betrafen vorwiegend Verstöße gegen das Suchtmittelgesetz (141 Fälle); in 41 Fällen diente die Überwachung der Aufklärung von Verbrechen gegen fremdes Vermögen; in 17 Fällen der Aufklärung von strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben. Vier Verfahren betrafen Verstöße gegen (ausschließlich) § 278a StGB und fünf Verfahren Verstöße gegen das Verbotsgesetz. Sieben Verfahren betrafen sonstige Delikte des Strafgesetzbuches und in zwei Fällen sonstige Delikte.

In insgesamt **74 Fällen** erfolgte gemäß § 137 Abs. 3 StPO eine **neuerliche Anordnung**. Dies stellt eine den steigenden Fällen korrespondierende Zunahme dar (2024: 72; 2023: 61; 2022: 42; 2021: 51; 2020: 78). In **169 Fällen** – und somit im überwiegenden Teil der Fälle – erfolgte die durchgeführte Überwachung über einen Monat (2024: 162; 2023: 134; 2022: 118; 2021: 101; 2020: 133); eine sehr kurze Überwachungsdauer, nämlich bis zu 24 Stunden, erfolgte nur in **einem Fall** (2024: 6; 2023: 2; 2022. 2; 2021: 0; 2020: 1). In **12 Fällen** betrug die Überwachung einen Zeitraum bis zu zwei Wochen (2024: 17; 2023: 14; 2022: 12; 2021: 12; 2020: 12) und in **35 Fällen** bis zu einem Monat (2024: 46; 2023: 51; 2022: 45; 2021: 45; 2020: 48).

5. Die von der Staatsanwaltschaft beantragten Anordnungen einer besonderen Ermittlungsmaßnahme wurden lediglich in insgesamt vier Fällen nicht gerichtlich **bewilligt** und in **21 Fällen**, trotz gerichtlicher Bewilligung, **nicht vollzogen**. In **einem Fall** hat die:der Rechtsschutzbeauftragte gegen den gerichtlichen Beschluss **Beschwerde** und in **einem Fall** hat die:der Beschuldigte: bzw. die:der Inhaber:in der Räumlichkeiten Beschwerde erhoben.

In **einem** Fall wurde ein **Antrag auf Vernichtung von Bildern und Teilen der schriftlichen Aufzeichnungen** durch den Beschuldigten gestellt.

II. Zum automationsunterstützten Datenabgleich nach §§ 141 ff StPO:

Die Durchführung eines **automationsunterstützten Datenabgleichs** („Rasterfahndung" - § 141 StPO) wurde im Berichtsjahr **2025** im Bundesgebiet von den Staatsanwaltschaften **in keinem Fall** angeordnet.

C. Rechtspolitische Bewertung:

Die Zunahme schwerer und organisierter Kriminalität im Bereich des Terrorismus, der Korruption, des Suchtgifthandels und der sexuellen Ausbeutung sowie der schweren Vermögensdelinquenz, deren Besonderheit u.a. in der internen Abschottung der Tätergruppen und -pyramiden sowie im häufigen Fehlen individueller Opfer besteht, hat den Gesetzgeber 1997 veranlasst, wirkungsvolle Instrumente zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität einzuführen, die gleichwohl auf einen besonders sorgfältigen Ausgleich zwischen der Effizienz der Strafverfolgung und der weitest möglichen Wahrung der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger bedacht sind (vgl. Bericht des Justizausschusses 812 BlgNR XX. GP, 2 f.). Auch in Anbetracht des im Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Österreich 2022 dargestellten Herausforderungen, die die Bekämpfung und Beweisführung auf dem Gebiet der Suchtmittelkriminalität und organisierten Kriminalität mit sich bringen (vgl. Sicherheitsbericht 2022, BM.I-Teil, Pkt. 4.7 und 4.8, 50ff) haben sich aus Sicht der Bundesministerin für Justiz die Formen der optischen und akustischen Überwachung auch weiterhin als effizientes und notwendiges Instrumentarium erwiesen, um diesen Formen der Kriminalität im Sinne der Schutzfunktion eines Rechtsstaates wirksam entgegentreten zu können (siehe auch die Gesamtberichte der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für Justiz über den Einsatz besonderer Ermittlungsmaßnahmen aus den Vorjahren).

Zu Punkt B.I.1. des Gesamtberichts: Die Gesamtzahl der gerichtlich angeordneten Ermittlungsmaßnahmen des „großen Späh- und Lauschangriffs“ im Berichtsjahr 2025 liegt innerhalb der bekannten Schwankungsbreite (2025: 17, 2024: 16, 2023: 12, 2022: 9, 2021: 22, 2020: 21). Ein erheblicher Teil dieser Anordnungen basierte auch dieses Jahr auf Rechtshilfeersuchen (RHE) oder Europäischen Ermittlungsanordnungen (EEA). Dies spiegelt weiterhin die verstärkte internationale Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Kriminalitätsfällen und die feste Etablierung des Ermittlungsinstruments der Europäischen Ermittlungsanordnung (EEA) wider. Lediglich in zwei Fällen erfolgte eine optische und/oder akustische Überwachung gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 StPO auf Initiative einer österreichischen Staatsanwaltschaft. In den übrigen Fällen lag den Anordnungen eine Europäische Ermittlungsanordnung zu Grunde (2024: zwei Fälle auf Initiative einer österreichischen Staatsanwaltschaft, die übrigen 14 Fälle betrafen Rechtshilfeersuchen und EEA; 2023: drei Fälle auf Initiative einer österreichischen Staatsanwaltschaft, die übrigen neun Fälle betrafen Rechtshilfeersuchen und EEA; 2022: ein Fall auf Initiative einer österreichischen Staatsanwaltschaft, die übrigen acht Fälle betrafen Rechtshilfeersuchen und EEA; 2021: vier

Fälle auf Initiative einer österreichischen Staatsanwaltschaft, die übrigen achtzehn Fälle betrafen Rechtshilfeersuchen und EEA; 2020: zwei Fälle auf Initiative einer österreichischen Staatsanwaltschaft, die übrigen neunzehn Fälle betrafen Rechtshilfeersuchen und EEA). In weiteren drei Fällen (fünf Anordnungen) wurden bereits im Berichtszeitraum 2024 angeordnete Überwachungen verlängert.

Im Vergleich der Anwendungsfälle in reinen Inlandsverfahren ist auch die Anzahl der „großen Späh- und Lauschangriffe" auf einem vergleichbaren Niveau zu den Vorjahren geblieben (2025: zwei, 2024: zwei, 2023: drei, 2022: ein; 2021: vier; 2020: zwei).

Zu Punkt B.I.2. des Gesamtberichts: Wenngleich im Vergleich zu den Vorjahren stark gestiegenen Anzahl der Fälle des gerichtlich angeordneten „kleinen Späh- und Lauschangriffs" gemäß § 136 Abs. 1 Z 2 StPO im Berichtsjahr 2025 (2025: 9, 2024: 4, 2023: 3, 2022: 5; 2021: 4; 2020: 6), bleiben diese weiterhin im einstelligen Bereich und lässt sich schließlich die schon in den Vorjahren vertretene Einschätzung bestätigen, wonach Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte trotz eines sich zumindest der Qualität nach verändernden Kriminalitätsbildes mit den erweiterten Befugnissen zur Kriminalitätsbekämpfung grundsätzlich maßhaltend und verhältnismäßig umgegangen sind. Dadurch wird auch die Wirksamkeit der strengen Einsatzvoraussetzungen belegt.

Es zeigt sich, dass von der Befugniserweiterung für die Strafverfolgungsbehörden mit einer für das Strafverfahren typischen Selbstbegrenzung staatlicher Macht Gebrauch gemacht wurde und fundamentale Grundrechtspositionen (Privatsphäre, faires Strafverfahren) weitgehend unangetastet blieben (die Anwendungsfälle des – gerichtlich angeordneten – „kleinen Späh- und Lauschangriffs" haben in keinem Anwendungsjahr auch nur annähernd die prognostizierte Zahl von 20 erreicht). Lediglich zwei Fälle der „kleinen Späh- und Lauschangriffe" erfolgte im Berichtsjahr 2025 auf Initiative einer österreichischen Staatsanwaltschaft, den übrigen sieben Fällen lag ein Rechtshilfeersuchen ausländischer Behörden zugrunde.

Die weitgehend erfolgreichen Ergebnisse der Anwendungsfälle der „besonderen Ermittlungsmaßnahmen" zeigen auch, dass diese Maßnahmen nur in notwendigen Fällen zur Anwendung gelangten, wenn auf Grund vorhergehender Ermittlungen ausreichende Erfolgsaussichten anzunehmen waren (2025: 148 erfolgreichen Überwachungen stehen 43 erfolglose gegenüber, in 26 Fällen lag noch kein Ergebnis vor).

Aus der relativ geringen Zahl der Anwendungsfälle darf allerdings nicht der Schluss gezogen werden, dass die Ermittlungsmaßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung nicht erforderlich wären. Damit würde nämlich insbesondere die Präventivwirkung des Gesetzes übersehen

werden, mit dessen erweiterten Befugnissen Österreich signalisiert, entschlossen gegen organisierte und andere schwere Formen der Kriminalität vorzugehen. Darüber hinaus hat die relativ geringe Zahl der Anwendungsfälle besonderer Ermittlungsmaßnahmen ihre Ursache in ihrer maßhaltenden, den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz beachtenden Anwendung der einschlägigen Bestimmungen, deren Notwendigkeit keinesfalls lediglich an ihrem Erfolg gemessen werden kann. Vielmehr stellen sich die besonderen Ermittlungsmaßnahmen im Hinblick auf die auch von der Kriminalität genützte technische Entwicklung mehr denn je als unabdingbare Mittel zur Aufklärung insbesondere mittlerer und schwerer Delikte dar und bieten ungeachtet der restriktiven Handhabung gerade bei der Bekämpfung der schweren Suchtmittelkriminalität, der organisierten Kriminalität, der Korruption, des Extremismus und des Hochverrats und anderer Angriffe gegen den Staat effektive Erhebungsmöglichkeiten.

Der vorliegende Gesamtbericht zeigt auch in diesem Berichtsjahr, dass die Verschiebung der Leitungsbefugnis des Ermittlungsverfahrens an die Staatsanwaltschaft an dem maßvollen Umgang mit diesen Maßnahmen nichts geändert hat. Die Anzahl der Anordnungen des „kleinen Späh- und Lauschangriffs" hält sich konstant auf niedrigem Niveau, gleichfalls jene des großen „Späh- und Lauschangriffs" in reinen Inlandsverfahren. Die Fälle, in denen Anträge auf Bewilligung einer besonderen Ermittlungsmaßnahme („großer und kleiner Späh- und Lauschangriff" oder „Videofalle") vom Gericht abgelehnt werden, sind überaus gering. Dies zeigt, dass die Prüfung durch die Staatsanwaltschaften, was die Verhältnismäßigkeit und die Einschätzung des Tatverdachtes anbelangt, sehr genau vorgenommen wird.

Abschließend darf neuerlich auf den Bericht des Rechnungshofes über ausgewählte Ermittlungsmaßnahmen (Reihe Bund 2008/10) verwiesen werden, der festgestellt hat, dass sich der „große Späh- und Lauschangriff" aus ermittlungstaktischer Sicht zur wirksamen Kriminalitätsbekämpfung bewährte. Die Gerichte und die Staatsanwaltschaften gingen auch aus Sicht des Rechnungshofes mit diesem Ermittlungsinstrument, das tiefe Eingriffe in Grund– und Freiheitsrechte der Betroffenen ermöglichte, maßhaltend und verhältnismäßig um. Der Funktion der:des Rechtsschutzbeauftragten der Justiz wurde eine unabhängige und objektive Wahrnehmung ihrer:seiner Prüf- und Kontrollrechte bescheinigt. Der vorliegende Bericht und das diesem Bericht zugrundeliegende Zahlenmaterial belegen eindeutig, dass diese Einschätzung nach wie vor zutreffend ist.

D. Anhang:

Tabellarische Auswertung der von den Staatsanwaltschaften übermittelten Berichtsbögen (Beilagen ./A bis ./C).

Anmerkung zu Beilagen ./A bis ./C:

Aus Gründen der Transparenz und Übersichtlichkeit werden die besonderen Ermittlungsmaßnahmen nicht nach der Zahl der Fälle (=Ermittlungsverfahren), sondern nach der Zahl der Anordnungen dargestellt, wodurch Probleme in der Darstellung (wie z.B. bei der Anordnung mehrerer besonderer Ermittlungsmaßnahmen in einem Ermittlungsverfahren) vermieden werden.

Den Berichten der einzelnen Staatsanwaltschaften folgend enthalten die Beilagen ./A bis ./C des Gesamtberichtes sämtliche Überwachungen nach § 136 StPO. Optische und/oder akustische Überwachungen nach § 136 Abs. 1 Z 3 StPO („großer Späh- und Lauschangriff") sowie optische und/oder akustische Überwachungen nach § 136 Abs. 1 Z 2 StPO („kleiner Späh- und Lauschangriff") und optische Überwachungen nach § 136 Abs. 3 Z 1 und 2 StPO („Videofalle") werden – wie in den Vorjahren – im Gesamtbericht getrennt dargestellt. Auf Grund der Eingriffsintensivität wurde jedes Verfahren, das einen „großen Späh- und Lauschangriff" mit sich brachte, gesondert und detailliert behandelt. Verfahren, in denen „kleine Späh- und Lauschangriffe" oder „Videofallen" angeordnet wurden, werden demgegenüber gesammelt dargestellt.

Kriterium des Erfolges ist, ob eine durchgeführte Überwachung zur Aufklärung bzw. Verhinderung der der Anordnung zugrundeliegenden strafbaren Handlung beigetragen hat, indem sie etwa einen bestehenden Verdacht erhärtete oder zur Ausforschung eines Verdächtigen führte; erfolglos war eine Überwachung, wenn sie keine verwertbaren Ergebnisse brachte. Bei der Anzahl der Überwachungen, die erfolgreich/nicht erfolgreich durchgeführt wurden, werden neuerliche Überwachungen nach § 137 Abs. 3 StPO nicht mitgerechnet, weil es ansonsten zu einer Mehrfachzählung kommen würde. Ebenso wenig wird zu den Fällen in Punkt 4 die in Punkt 1.i) enthaltene Information gezählt, ob aufgrund einer Anordnung nach § 136 Abs. 2 StPO in eine Wohnung eingedrungen wurde.

Bei den Punkten 2 bis 7 wird nur auf tatsächlich durchgeführte Überwachungen abgestellt; bei Punkt 1 sind hingegen auch Anordnungen der Staatsanwaltschaft ausgewiesen, die nicht

bewilligt wurden (1.k), bezüglich derer die Ermächtigung der:des Rechtsschutzbeauftragten nicht erteilt wurde (1.l) oder trotz bewilligter Anordnung tatsächlich nicht überwacht wurde (1.m).

Beilage ./A

		Optische und akustische Überwachung Übersicht für das Jahr 2025	*Bundesweit*	*OStA Wien*	*OStA Graz*	*OStA Linz*	*OStA Innsbruck*
1.		**Zahl der Überwachungen**					
	a)	Anordnung einer Überwachung nach § 136 Abs. 1 Z 2 StPO	**9**	**9**	**0**	**0**	**0**
	b)	Anordnung einer Überwachung nach § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO	**8**	**4**	**0**	**1**	**3**[2]
	c)	Anordnung einer Überwachung nach § 136 Abs. 1 Z 3 lit. b StPO	**3**	**3**	**0**	**0**	**0**
	d)	Anordnung einer Überwachung nach § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO	**6**	**0**	**6**	**0**	**0**
	e)	Anordnung einer Überwachung nach § 136 Abs. 1 Z 3 StPO zur Aufklärung von im Rahmen einer kriminellen Organisation oder einer terroristischen Vereinigung begangener oder geplanter strafbaren Handlungen	**10**	**6**	**2**	**1**	**1**
	f)	Anordnung einer Überwachung nach § 136 Abs. 1 Z 3 StPO zur Verhinderung von im Rahmen einer kriminellen Organisation oder einer terroristischen Vereinigung begangener oder geplanter strafbaren Handlungen	**3**	**0**	**2**	**1**	**0**
	g)	Anordnung einer Überwachung nach § 136 Abs. 3 Z 1 StPO	**197**	**114**	**42**	**17**	**24**
	h)	Anordnung einer Überwachung nach § 136 Abs. 3 Z 2 StPO	**19**	**12**	**1**	**1**	**5**
	i)	Neuerliche Anordnung einer Überwachung gemäß § 137 Abs. 3 StPO	**74**	**35**[3]	**15**	**10**	**14**[4]
	j)	Im Fall des Abs. 1 Z 3: Eindringen in eine Wohnung etc. aufgrund einer Anordnung nach § 136 Abs. 2 StPO	**3**	**2**	**0**	**0**	**1**
	k)	Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde nicht bewilligt	**4**	**2**[5]	**0**	**0**	**2**
	l)	(nach § 144 Abs. 3) Ermächtigung der:des RSB wurde nicht erteilt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	m)	Keine Durchführung der Überwachung trotz bewilligter Anordnung	**21**	**13**[6]	**5**	**0**	**3**
	n)	Anordnung beruht auf einem Rechtshilfeersuchen oder einer EEA	**30**	**16**	**7**	**0**	**7**
		durchgeführte Überwachungen nach § 136 Abs. 1 Z 2 und Z 3 sowie § 136 Abs. 3 StPO (Summe Punkte 1.a, 1.b, 1.c, 1.d, 1.g und 1.h abzüglich Punkte 1.k, 1.l und 1.m)	**217**	**127**	**44**	**19**	**27**
2.		**Anzahl der von den durchgeführten Überwachungen betroffenen Personen**					
	a)	(bereits vor oder erst infolge der Überwachung) Verdächtige	**417**	**208**	**116**	**53**	**40**

[2] In einem weiteren Fall wurde die Anordnung zurückgezogen.

[3] Darüber hinaus wurde eine bereits im Berichtszeitraum 2024 angeordnete Überwachung (siehe Gesamtbericht 2024 Punkt I.1.a. letzter Aufzählungspunkt) neuerlich gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a und b StPO angeordnet (Verlängerung gemäß § 137 Abs. 3 StPO) und eine weitere Anordnung nicht gerichtlich bewilligt.

[4] Darüber hinaus wurden in einem Verfahren zwei bereits im Berichtszeitraum 2024 angeordnete Überwachungen (siehe Gesamtbericht 2024 Punkt I.1.d. erster Aufzählungspunkt) neuerlich gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO und in einem weiteren Verfahren eine ebenfalls bereits im Berichtszeitraum 2024 angeordnete Überwachung (siehe Gesamtbericht 2024 Punkt I.1.c.) neuerlich gemäß § 136 Abs. 1 Z 3 lit. a StPO angeordnet (jeweils Verlängerungen im Sinne des § 137 Abs. 3 StPO).

[5] Eine bereits im Berichtszeitraum 2024 angeordnete Überwachung sollte nach einer Verlängerung im Berichtsjahr 2025 erneut verlängert werden, was allerdings nicht gerichtlich bewilligt wurde.

[6] Eine Anordnung gemäß § 136 Abs. 1 Z 2 StPO wurde einmal verlängert, die Überwachungsmaßnahmen wurden jedoch nicht durchgeführt.

b)	unbeteiligte Dritte, soweit Aufzeichnungen in Bild- oder Schriftform des sie betreffenden Überwachungsergebnisses zum Akt genommen wurden (§ 138 Abs. 4 StPO)	**97**	**49**	**0**	**48**	**0**
c)	Anzahl der Verständigungen nach § 139 Abs. 2 letzter Satz StPO	**79**	**79**	**0**	**0**	**0**
d)	Anzahl der Personen, gegen die aufgrund der Überwachung ein Verfahren eingeleitet wurde - „Zufallsfunde" (§ 140 Abs. 2 StPO)	**17**	**15**	**2**	**0**	**0**
3.	**Von den durchgeführten Überwachungen umfasste Zeiträume**					
a)	bis zu 24 Stunden	**1**	**1**	**0**	**0**	**0**
b)	bis zu zwei Wochen	**12**	**6**	**2**	**0**	**4**
c)	bis zu einem Monat	**35**	**26**	**5**	**3**	**1**
d)	über einen Monat	**169**	**94**	**37**	**16**	**22**
	Summe Punkt 3	**217**	**127**	**44**	**19**	**27**
4.	**Anzahl der Fälle**					
a)	in denen eine Überwachung erfolgreich durchgeführt wurde	**148**	**87**	**29**	**13**	**19**
b)	in denen eine Überwachung erfolglos durchgeführt wurde	**43**	**23**	**9**	**5**	**6**
c)	in denen ein Ergebnis noch nicht vorliegt/der Erfolg noch nicht beurteilt werden kann	**26**	**17**	**6**	**1**	**2**
	Summe Punkt 4	**217**	**127**	**44**	**19**	**27**
5.	**Delikte, die den durchgeführten Überwachungen zugrunde liegen**					
	(anzuführen ist nur das am schwersten wiegende Delikt)					
a)	StGB: gegen Leib und Leben	**17**	**15**	**0**	**0**	**2**
b)	StGB: gegen fremdes Vermögen	**41**	**21**	**11**	**3**	**6**
c)	§ 278a StGB	**4**	**4**	**0**	**0**	**0**
d)	StGB: sonstige ...	**7**	**4**	**0**	**2**	**1**
e)	SMG	**141**	**78**	**32**	**13**	**18**
f)	VerbotsG	**5**	**4**	**1**	**0**	**0**
g)	sonstige ...	**2**	**1**	**0**	**1**	**0**
	Summe Punkt 5	**217**	**127**	**44**	**19**	**27**
6.	**Zahl der gegen durchgeführte Überwachungen erhobenen Beschwerden**					
a)	durch die:den RSB	**1**	**0**	**1**	**0**	**0**
	davon - zumindest teilweise – erfolgreich	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
b)	durch den Beschuldigten oder Inhaber der Räumlichkeiten	**1**	**1**	**0**	**0**	**0**
	davon - zumindest teilweise – erfolgreich	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
7.	**Zahl der Anträge auf Vernichtung von Bildern und Teilen der schriftlichen Aufzeichnungen**					
a)	durch den Rechtsschutzbeauftragten	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	davon - zumindest teilweise – erfolgreich	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
b)	durch den Beschuldigten oder Inhaber der Räumlichkeiten	**1**	**1**	**0**	**0**	**0**
	davon - zumindest teilweise – erfolgreich	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
c)	durch andere von den Überwachungen betroffene Personen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	davon - zumindest teilweise – erfolgreich	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Beilage ./B

Gesamtübersicht der Anzahl der angeordneten „besonderen Ermittlungsmaßnahmen"

für das Jahr 2025

	OStA Wien	**OStA Graz**	**OStA Linz**	**OStA Innsbruck**	**Bundesweit**
§ 136 **Abs. 1 Z 3** ("großer Lauschangriff")	**7**	**6**	**1**	**3**	**17**
§ 136 **Abs. 1 Z 2** ("kleiner Lauschangriff")	**9**	**0**	**0**	**0**	**9**
§ 136 **Abs. 3 Z 1** ("Videofalle" außerhalb von Räumen)	**114**	**42**	**17**	**24**	**197**
§ 136 **Abs. 3 Z 2** ("Videofalle" in Räumen)	**12**	**1**	**1**	**5**	**19**
§ **137 Abs. 3** (neuerliche Anordnung)	**35**	**15**	**10**	**14**	**74**
Anordnung rechtskräftig *abgelehnt*	**2**	**0**	**0**	**2**	**4**
Trotz bewilligter Anordnung *tatsächlich nicht überwacht*	**13**	**5**	**0**	**3**	**21**
Erfolgreich	**87**	**29**	**13**	**19**	**148**
Erfolglos	**23**	**9**	**5**	**6**	**43**
Ergebnis liegt noch nicht vor	**17**	**6**	**1**	**2**	**26**
24 Std/14Tage/1 Monat/über 1 Monat	**1/6/26/94**	**0/2/5/37**	**0/0/3/16**	**0/4/1/22**	**1/12/35/169**
Verdächtige/unbeteiligte Dritte	**208/49**	**116/0**	**53/48**	**40/0**	**417/97**

Beilage ./C

Gesamtübersicht der Anzahl der angeordneten „besonderen Ermittlungsmaßnahmen"

für das Jahr 2025

(die Vergleichszahlen 2024/2023/2022/2021 sind in Klammer angefügt)

	OStA Wien	*OStA Graz*	*OStA Linz*	*OStA Innsbruck*	*Bundesweit*
"großer Späh- und Lauschangriff"	**7** (10/10/4/15)	**6** (2/1/1/0)	**1** (0/0/0/2)	**3** (4/1/4/5)	**17** (16/12/9/22)
"kleiner Späh- und Lauschangriff"	**9** (4/3/4/3)	**0** (0/0/1/1)	**0** (0/0/0/0)	**0** (0/0/0/0)	**9** (4/3/5/4)
"Videofalle" außerhalb von Räumen	**114** (116/88/66/60)	**42** (45/45/46/30)	**17** (15/21/18/13)	**24** (24/17/19/28)	**197** (200/171/149/131)
"Videofalle" in Räumen mit Zustimmung	**12** (5/7/11/4)	**1** (4/3/8/5)	**1** (2/3/6/4)	**5** (8/7/6/3)	**19** (19/20/31/16)
erfolgreich/erfolglos	**87/23** (81/27, 61/22, 47/24, 41/18)	**29/9** (23/18, 26/13, 25/15, 22/9)	**13/5** (7/5, 12/11, 14/6, 8/6)	**19/6** (16/10, 13/7, 7/15, 14/14)	**148/43** (128/60, 112/53, 93/60, 85/47)
Ergebnis liegt noch nicht vor	**17** (22/21/8/12)	**6** (10/9/11/5)	**1** (3/1/1/4)	**2** (8/5/4/5)	**26** (44/36/24/26/)
Anzahl der betroffenen Personen	**257** (245/152/141/192)	**116** (95/102/138/93)	**101** (52/47/82/23)	**40** (58/35/35/36)	**514** (451/336/396/344)
Rechtsmittel/ Rechtsbehelfe	**1** (1/0/0/0)	**1** (0/0/1/0)	**0** (0/0/0/0)	**0** (0/0/0/1)	**2** (1/0/1/1)

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-22T16:47:29+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	